



Postulat 28

Eingang Stadtkanzlei: 26. Oktober 2020

Unredliche Werbeoffensive der Gasindustrie: Schaden begrenzen!

Der Verband gazenergie bewirbt derzeit sein Produkt mit einer aufwändigen und breiten Kampagne (u. a. halbseitige Inserate in der LZ). Dabei wird der Öffentlichkeit suggeriert, dass der Energieträger (Erd-, Bio-, Synthese-)Gas eine langfristige und klimaverträgliche Zukunft habe, und diese zu entsprechenden Investitionen motiviert. Mit solchen Investitionen würden sich Endverbraucher*innen auf Jahrzehnte von diesem klimaschädlichen Energieträger abhängig machen.

Die Metropolitankonferenz Zürich (bei der die Stadt Luzern Mitglied ist) ist erst kürzlich zum Schluss gekommen, dass die

- Gasnachfrage aufgrund klimapolitischer Fortschritte unweigerlich zurückgehen wird. Damit wird die bestehende Leitungsinfrastruktur durch immer weniger Bezüger*innen finanziert werden müssen. Dies bedeutet wiederum, dass sich Teilerneuerungen nicht lohnen und die Wirtschaftlichkeit insgesamt zusehends in Schieflage gerät.
- von gazenergie als Alternativen angepriesenen Bio- und synthetischen Gase über ein sehr beschränktes Potenzial von maximal 15 bis 30 Prozent des heutigen Gasabsatzes verfügen.

Ein mit Bio- und Synthesegas betriebenes Restgasnetz wird in unserer klimaverträglichen Energiezukunft wohl eine Rolle spielen. Das beschränkte Potenzial muss aber in erster Linie als (Industrie-)Hochtemperatur und in Backup-Systemen zum Einsatz kommen. Im Bereich Heizen, Kochen und Mobilität hingegen gibt es bereits heute klimaschonende und ökonomische Alternativen.

Im Jahre 2020 Investitionen von Kleinabnehmern*innen in Gasprodukte zu propagieren ist deshalb sowohl in Bezug auf die klimatische wie ökonomische Nachhaltigkeit täuschend.

Die Stadt Luzern hat vom Grossstadtrat mit der Überweisung der Motion 266 «Erdgas konsequent durch erneuerbare Energien ersetzen» am 30. Januar 2020 den Auftrag erhalten, den Erdgasanstieg rasch anzugehen.

Die 100-Prozent-Stadt-Luzern-Tochter ewl ist Mitglied von gazenergie. Somit unterstützt die Stadt Luzern indirekt die aktuelle gazenergie-Kampagne, welche im krassen Widerspruch zum politischen Auftrag steht.

Vor diesem Hintergrund bitten die Unterzeichnenden den Stadtrat, mit folgenden Massnahmen zur Schadensbegrenzung an die ewl zu gelangen:

Der Stadtrat führt in dieser Sache das rasche Gespräch mit der ewl, mit den beiden Anliegen:

- eine gemeinsame Verständigung, dass die ewl künftig nur noch Mitglied von Organisationen und Verbänden ist, die sich auf eine klimaneutrale Energieversorgung verpflichten;
- dass die ewl sich in ihrem Kundenmagazin klar und zeitnah von der aktuellen gazenergie-Kampagne distanziert.

Falls sich die ewl Letzterem verschliesst, soll die Stadt Luzern Problematik und Zukunftsaussichten der Gasversorgung zeitnah im «Das Stadtmagazin» und anderen geeigneten Kommunikationskanälen thematisieren.

Cyrill Studer Korevaar
namens der SP-Fraktion